

# presse

---

## **Studie muss Innenminister Friedrich schwer zu denken geben**

Zur vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen und heute vorgelegten Studie "Lebenswelten junger Muslime in Deutschland" erklärt die Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoguz:

Die heute vorgelegte Studie "Lebenswelten junger Muslime in Deutschland" dürfte Innenminister Friedrich schwer zu denken geben, sagt Aydan Özoguz. Vielleicht sind deswegen auch zunächst nur Teile der Studie publik geworden, die ihm besser in den Kram passten. Dabei lautet gerade eine Handlungsempfehlung der Studie, dass populistische Verkürzungen vermieden werden müssen.

Es ist eine wichtige Aufgabe des Bundesinnenministeriums, Radikalisierungstendenzen zu untersuchen und Vorschläge für deren Bekämpfung zu machen. Wir begrüßen den Ansatz der an der Studie beteiligten Wissenschaftler, deren vornehmliches Ziel es war, Vorschläge für ein harmonisches Zusammenleben der verschiedenen Menschengruppen in einem Einwanderungsland, wie es Deutschland ist, zu entwickeln.

Gegen die Handlungsempfehlungen der Studie, dass populistische Verkürzungen vermieden werden müssen, wurden zunächst nur Teile der Studie publik, die suggerierten, dass junge Muslime mit Integration nichts am Hut hätten. Es ist fraglich, ob es dem Ministerium um tatsächliche Problementhüllungen und Bekämpfung geht, wenn so verfahren wird.

Die Handlungsempfehlungen der eigens in Auftrag gegebenen Studie müssen dem Innenminister und der schwarz-gelben Koalition zu denken geben: Gefordert wird unter anderen die Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaft. Außerdem ergab die Studie, dass Statements wie "der Islam gehört nicht zu Deutschland" für die Integration in Deutschland in dieser Plakativität kontraproduktiv seien - sehr richtig. Wir fordern die Bundesregierung auf, die in der Studie genannten Empfehlungen zügig umzusetzen.

Befremdlich bleibt die Auswahl der Bezugsgruppe über die Religionszugehörigkeit. Wir müssen es endlich schaffen, Religiosität und Extremismus nicht ständig miteinander zu verknüpfen. Niemand käme auf die Idee, Katholizismus oder Protestantismus und Rechtsextremismus miteinander zu verknüpfen. Wenn wir Abschottung oder gewaltbereite Einstellungen auch bei muslimischen Jugendlichen bekämpfen wollen, müssen wir näher an die Jugendlichen ran und sie nicht immer weiter mit pauschalen Schlagworten zurückdrängen. Niemand möchte diese Themen vernachlässigen, beschwichtigen oder verdrängen. Aber wir dürfen nicht pauschal eine gesamte Religionsgruppe unter Verdacht stellen.